
UVB kritisiert Pläne zu Entgeltgleichheitsgesetz

19.03.15

UVB kritisiert Pläne zu Entgeltgleichheitsgesetz

Statt mit einem neuen Gesetz eine Schein-Gerechtigkeit zu schaffen, sollte sich die Politik lieber um die wahren Ursachen der Entgeltunterschiede kümmern. | © Fotolia 2016 / yossarian6

Amsinck: Immer neue Bürokratie überfordert die Unternehmen

Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg warnt davor, die Unternehmen mit noch mehr Bürokratie zu belasten. „Das geplante Entgeltgleichheitsgesetz würde für die Betriebe enorme Kosten bedeuten – ohne an der unterschiedlichen Bezahlung von Frauen und Männern wirklich etwas zu ändern“, sagte Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), anlässlich des sogenannten ‚Equal Pay Day‘ am 20. März. „Ein solches Gesetz wäre reine Symbolpolitik und ginge vollkommen an der Realität vorbei.“

Die Lohnunterschiede von 22 Prozent zwischen Frauen und Männern, die das Statistische Bundesamt berechnet hat, gingen nicht etwa auf Diskriminierung durch die Arbeitgeber zurück, befand Amsinck. „Die Lücke hat strukturelle Ursachen: Frauen entscheiden sich häufiger als Männer für Berufe und Branchen mit geringerer Bezahlung. Und sie arbeiten häufiger in Teilzeit und nehmen Auszeiten vom Beruf für die Familie.“ Diese Faktoren erklären laut Amsinck bereits den ganz überwiegenden Teil der Lohnunterschiede.

Statt mit einem neuen Gesetz eine Schein-Gerechtigkeit zu schaffen, solle sich die Politik lieber um die wahren Ursachen der Entgeltunterschiede kümmern. „Die Wirtschaft hat das größte Interesse daran, dass sich mehr Mädchen und Frauen zum Beispiel für naturwissenschaftlich-technische Berufe mit ihren hervorragenden Verdienstchancen entscheiden. Hier sind wir auch auf die Hilfe von Eltern, Lehrern und Berufsberatern angewiesen“, mahnte der UVB-Hauptgeschäftsführer.

Ein weiterer Schlüssel für gleiche Chancen im Beruf sei der Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten schon für kleine Kinder und eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz für dieses Thema. Amsinck: „Erst wenn Auszeiten für die Familie rein freiwillig sind, wird auch die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern Geschichte sein.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)